

Zeitraubende Kontrollen

Flughafen: „Neue Technik fürs Einchecken“, FR-Region vom 21.1.

Als täglich Betroffener an den Kontrollstellen und jemand aus der Gruppe derer, die immer wieder für die Langsamkeit der Fluggastkontrollen verantwortlich gemacht werden, möchte ich höflich auf Folgendes hinweisen: Hauptgrund für die Dauer der Kontrollen sind weder die (zugegebenermaßen veralteten) Prüfanlagen noch die (chronisch unterbesetzten) Kontrollteams, sondern:

1. Die Airlines (zuvorderst die Subventionskünstlerin Lufthansa), welche geradezu irrwitzig viel „Handgepäck“ zulassen. Gab es einst am Check-In kleine Messkörbchen (was reinpasst, durfte mit in die Kabine, alles andere wurde eingecheckt), wird nun gefühlt der halbe Hausrat mitgeschleppt. Zwei bis vier Stück „Handgepäck“ sind fast die Regel.

2. Die Reisenden. Weder wurde sich im Vorfeld informiert, was man mit in die Kabine nehmen darf, noch findet man es nötig – wenn man schon 20 Minuten oder länger in der Schlange wartet –, mal hinzusehen, was die Gäste vor einem machen. Und wenn man dran ist, wird minutenlang im überdimensionierten Handgepäck gekramt, bis man 50 Prozent der geforderten Artikel rausgelegt hat. Und obwohl man soooo in Eile ist, hat man Zeit, über 125 ml Zahnpasta zu diskutieren. So entstehen zeitraubende Nachkontrollen.

Neue Kontrollstellen erfreuen mich und meine Kolleg*innen natürlich, werden aber ohne Abstellung der o.a. Mängel keine substantziellen Verbesserungen bringen. Wolf Liebrecht, Frankfurt

Gedankenlos mit Scooter

Zu: „Problem E-Roller“, FR-Region vom 3. Februar

Leider kann ich den Zustand und das Verhalten der Nutzer nur bestätigen. Der Großteil der Nutzer der E-Scooter fährt auf Gehwegen, gegen Einbahnstraßen und in Fußgängerzonen.

Der ehemalige Bundesverkehrsminister Scheuer, ein Steuergeldverschwender (Autobahnmaut), der seinesgleichen sucht, hat sich überhaupt keine Gedanken über die Scooter gemacht. Vielleicht sollte die Stadt Frankfurt alle Scooter einsammeln und vor Scheuers Haus abstellen, damit dieser versteht, was er durch die Genehmigung angestoßen hat. (Mir ist bekannt, dass meine Vorschlag natürlich nicht umsetzbar ist!)

Warum kann die Legislative keine Gesetze erlassen, die den Nutzer und auch Anbieter bestraft, wenn die Scooter an verbotenen und übersichtlichen Stellen abgestellt werden? Bei den Leihfahrrädern der Deutschen Bahn gibt es doch auch festgelegte Abstellorte.

Pasquale Davide, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20230213

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Sprachwissenschaftler Prof. Roland Kaehlbrandt über sein Buch „Deutsch – Eine Liebeserklärung“.

Dienstag, 14. Februar, 19.30 Uhr
Buchhandlung Weltenleser
Oeder Weg 40, Frankfurt

Florian Leclerc und **Georg Leppert** moderieren zusammen mit dem Medienmanager Bernd Reisig die Talks zur OB-Wahl. Tickets unter berndreisig.de

Mit Uwe Becker (CDU).
Montag, 13. Februar, 19 Uhr,
Katharina Tanczos (Die Partei)
Dienstag, 14. Februar, 19 Uhr,
Manuela Rottmann (Grüne)
Donnerstag, 16. Februar, 19 Uhr,
Mike Josef (SPD)
Freitag, 17. Februar, 19 Uhr,
SAE-Institute, Hanauer Landstr. 123 a
Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem Roman „Noah schläft – Die Rückkehr der Arche“.
Freitag, 28. April, 13 Uhr
Samstag, 29. April, 13.30 Uhr
Sonntag, 30. April, 13 Uhr
Leipziger Buchmesse

Der Hochhausrausch hält weiter an

Frankfurt will klimaneutral werden: „Sonne auf die Dächer“, FR-Region vom 2. Februar

Jeden Tag fahren 500 000 Pkw nach Frankfurt zu den Arbeitsplätzen der 740 000 Erwerbstätigen, bei 760.000 Einwohnern (2020), nach der Statistik 975 Erwerbstätige pro 1000 Einwohner, in Berlin sind es nur 565 pro 1000 Einwohner, in der Bundesrepublik 545, im Durchschnitt der Großstädte 674. Nach dem Durchschnittswert dürften es in Frankfurt nur etwa 400 000 Erwerbstätige sein, 360 000 Arbeitsplätze doppelt zu viel.

Die 500 000 Pkw stoßen im Jahr (Mittelklasse) 1395 Kilo CO₂ aus, SUV bis 1975 kg, das sind für die Mittelklasse rund 69750 Tonnen CO₂ im Jahr. Wie viel CO₂ stoßen die Flugzeuge des Fraports aus? Bei 18 Millionen Fluggästen und 212 235 Flugbewegungen?

Für die Hochhäuser über 65 Meter wurden über zwei Millio-

nen Bruttogeschossfläche verbaut. Wie viel Beton (Zement) und Stahl als klimaschädliche Substanz mit wie viel Millionen Tonnen CO₂ stecken darin? Das wären über sechs Millionen Kubikmeter umbauten Raumes. Wie viel Energie benötigen die Klimaanlagen, die Aufzüge, die Hochdruckpumpen?

Auch wenn sich der Magistrat im Nachhaltigkeitsbericht in der Indikatorenübersicht bescheinigt: Feinstaub: drei Punkte, gut. Ebenfalls gut: installierte Leistung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften, Naherholungsflächen, wohnungsnaher Lebensmittelversorgung, Modal Split (d.h. Anteil von Individual- zu öffentlichen Verkehr). Motorisierungsgrad, Umweltmanagementsysteme, Anteil des Stadtwaldes, informelle Bürgerbeteiligung.

Eher schlecht (ein Punkt): das Verhältnis Wohnen zu Arbeitsplätzen, Wohnungsversorgungsquote, geförderte Wohnungen, ausreichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum, Wanderungssaldo von Familien, umweltfreundlich motorisierter Individualverkehr, kommunale Klimaanpassungskonzepte, Zustand des Waldes, Schlecht (null Punkte): CO₂-Ausstoß.

Und wie, bitte schön, soll Frankfurt irgendwann mal klimaneutral werden? Durch den fortdauernden Höhenrausch des Magistrats für Phallussymbole ist es wohl ein für alle Mal vorbei mit der Klimaneutralität. Denn Hochhäuser sprießen weiter wie Spargel im Frühling. Vielleicht dämpft die Zinsentwicklung den Hochhausrausch vorübergehend. Konrad Mohrmann, Frankfurt

Gift für das städtische Mikroklima

Stadtteil der Quartiere: „Das ist eine Irreführung“, FR-Region vom 31. Januar

Im Interview mit Rüdiger Hansen vom BUND werden noch mal die zwingenden Argumente aufgeführt, die gegen das Neubaugebiet im Nordwesten Frankfurts entlang der Autobahn A5 sprechen. Im wesentlichen sind diese Gründe – einschließlich der vorhandenen Alternativen – im regionalen Flächennutzungsplan abgesteckt. Es zeigt sehr viel von der kommunalpolitischen Ignoranz, dass man glaubt, mit „Zielabweichungsverfahren“ die nicht zu leugnenden Probleme umgehen zu können. Es muss sich dabei der Eindruck verfestigen, dass damit die Ausnahmen zum Klimaschutz eher zum Regelfall werden, wie dies auch an anderer Stelle im Rhein-Main-Gebiet mit dem

Entwicklungsgebiet Wiesbaden-Ostfeld bereits erfolgt ist. Dass die negativen Auswirkungen auf das städtische Mikroklima für die angrenzenden Wohnviertel „schmerzhaft angesichts der zunehmenden Anzahl tropischer Nächte“ sind, wie Rüdiger Hansen es formuliert, ist eine noch sehr vorsichtige Umschreibung.

Die Blockade von nächtlichen Kaltluftströmen durch eine zehn Meter hohe Lärmschutzwand an der Autobahn führt zu Wärmeinseln auch in anderen Stadtteilen. Eine bereits 2016 vorgelegte Studie ermittelte bereits für den Zeitraum von 2001 bis 2010 für Berlin zusätzliche Hitzetote zwischen 695 und 2118 pro Jahr. Eine solche Größenordnung dürfte auch für Hessen

bald zum Normalfall werden, so jedenfalls gemäß der Expertise des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG), das bereits seit Jahren mit Checklisten und methodischen Hinweisen auf den kommunalen Handlungsbedarf zur Klimaanpassung hinweist.

Ginge es nur um Kaltluftströme und nicht auch um das knappe Grundwasser für Frankfurt, so könnte eine Kompromisslösung für das geplante Neubaugebiet darin bestehen, aufgrund drastischer Geschwindigkeitsbegrenzungen auf der angrenzenden Autobahn die geplante Lärmschutzwand überflüssig würde. Doch das ist natürlich nur eine Utopie.

Karl-Heinz Peil, Frankfurt

Wir sind nicht in Belarus oder Russland

Attentat von Hanau: „Beuth verteidigt Polizeieinsatz“ und „Fehler im Umgang mit Opfern“, FR-Region vom 13. und 14. Januar

Sie berichteten vom Innenausschuss und dem Untersuchungsausschuss zu Hanau. Deutlich wird in den Berichten: Von einer Fehlerkultur, die darauf ausgerichtet ist aus Einsätzen der Polizei zu lernen, wie man den Dienst für die Bürger und den Einsatz für ihre Rechte verbessern kann, ist nichts zu finden.

Immer noch scheint der Minister zu meinen, Fehler der Polizei dürften nicht eingestanden werden, weil das dem Vertrauen in die Polizei schaden würde. Das Gegenteil ist der Fall. Nicht die Vernichtung des Videos war der Fehler, sondern wie jetzt damit umgegangen wird. Es gäbe keine Anhaltspunkte dafür, dass etwas vertuscht werden sollte, heißt es. Wie bitte?

Auf dem rekonstruierten Video sieht man, dass ein zu Boden geworfener Mensch, der von vier Polizist:innen festgehalten wird – sie knien auf ihm –, mit Faust und flacher Hand heftig geschla-

gen wird. Wenn dieses Video gelöscht wurde, nachdem die Polizei es sich angesehen hat, gibt es keinen Anhaltspunkt für Vertuschung? Es geht um Körperverletzung! Unter keinen Umständen darf ein am Boden liegender, fixierter Mensch so geschlagen werden. Der Kopf des Mannes auf dem Boden, war das Ziel der Schläge eines Polizisten. Das zeigt das Video. Solche Schläge haben oft schlimme Folgen, können tödlich sein. Wie schnell platzt ein Blutgefäß im Gehirn?

Das Gewaltmonopol des Staates kann nicht zur Rechtfertigung solcher Gewalt herangezogen werden. Es ist zum Schutz der Bürger da. Dass keiner der vier Polizist:innen diese Körperverletzung angezeigt hat, vergrößert das Unbehagen. Jede(r) Polizist:in, die dabei war, hätte sofort Anzeige erstatten müssen. Wenn nun der Minister meint, er wundere sich, warum ein solcher Einsatz so massiv hinter-

fragt werde, fragt sich der Bürger, wie ein Minister in einer Demokratie annehmen kann, dass solche Vorkommnisse nicht hinterfragt werden? Dann der Hinweis des Ministers, dass der Geschlagene polizeibekannt gewesen sei. Also Menschen, die polizeibekannt sind, darf die Polizei schlagen?

Naomi Wolf hat 2007 in ihrem Buch „Wie zerstört man eine Demokratie?“ solche staatlichen Übergriffe beschrieben, die in Geschichte und Gegenwart zur Zerstörung von demokratischen Gesellschaften angewandt wurden. Sollen wir Bürger uns an solches Verhalten der Polizei gewöhnen? Wir sind nicht in Belarus oder Russland, wir sind in Deutschland. Unsere Polizei ist eine Bürgerrechtspolizei, kein Machtinstrument eines Ministers, der an seinem Stuhl klebt. Er tut mit seinem Verhalten der Polizei keinen Gefallen.

Willi Hausmann, Hanau